Lernen für den Frieden

Keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen

Bildung und Wissenschaft müssen dazu beitragen, die Ursachen von Krieg, Möglichkeiten ziviler Konfliktlösung und die Voraussetzungen für Frieden zu ergründen. Alle Menschen können sich kooperativ mit den drängenden Problemen der Gesellschaft befassen und für Völkerverständigung und eine menschenwürdige Welt wirken. Angesichts kriegerischer Konflikte weltweit ist das dringend erforderlich.

Der Einfluss der Bundeswehr auf die Schulen und die zunehmende Abhängigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen von privaten Geldgebern, insbesondere aus dem Bereich der Rüstungsindustrie und des Militärs, zielen stattdessen auf die Vorbereitung, Akzeptanz und Normalisierung von Krieg als Mittel der Politik. Hiergegen setzen wir uns zur Wehr – für eine demokratische und friedliche Entwicklung!

Mit meiner Unterschrift trete ich für eine Gesellschaft ein, die von Aufklärung, Argumentation und Solidarität bestimmt ist statt von der gewaltsamen Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen.

- Ich fordere die Schulen und Hochschulen auf, ihrer Verantwortung für eine friedliche Gesellschaft gerecht zu werden. Die Selbstverpflichtung der Hochschulen auf zivile und friedliche Zwecke durch die Einführung von Zivilklauseln und Beschlüsse von Schulen gegen jegliche Kooperation mit dem Militär sind entscheidende Schritte dorthin.
- Die Landesregierungen fordere ich auf, die Schulen als zivile Einrichtungen zu erhalten und die politisch gewollte Beeinflussung der SchülerInnen und LehrerInnen durch die Bundeswehr zu beenden. Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr müssen ersatzlos gekündigt werden.
- Die zivile Ausrichtung der Hochschulen soll in den Landeshochschulgesetzen festgeschrieben werden. Der Abhängigkeit der Wissenschaft von privatwirtschaftlichen Geldgebern muss durch eine ausreichende öffentliche Finanzierung von Bildung und Wissenschaft entgegengewirkt werden. Forschungsvorhaben und Geldquellen müssen offengelegt werden.

Name	Adresse	Unterschrift

Ausgefüllte Listen bitte einsenden an DFG-VK, Werastr. 10, 70182 Stuttgart

Die Unterschriften werden am 5. Dezember 2013 bei der Kultusministerkonferenz in Bonn den politisch Verantwortlichen übergeben.

V.i.S.d.P.: Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel", % Peter Förster, Marienstr. 3d, 50825 Köln

Initiative Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel · Initiative gegen Militärforschung an Universitäten · DFG-VK Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen · Bundesausschuss Friedensratschlag · VVN-BdA · Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler BdWi · ver.di · GEW · Jusos in der SPD · FIfF Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. · fzs freier zusammenschluss von studentInnenschaften · dielinke.SDS Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband · grüne jugend Bundesverband

www.lernenfuerdenfrieden.de